

## **Beschluss des Landrats vom 09.02.2023**

Nr. 2004

### **15. Teuerungs- und krisenbedingte Steuererleichterungen** 2022/304; Protokoll: ps

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat nehme den Vorstoss als Postulat entgegen und beantrage dessen Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Markus Brunner** (SVP) erklärt, nachdem sein Postulat vom Juni 2021 ungenügend beantwortet worden sei, habe er am 19. Mai 2022 eine dringliche Motion eingereicht. Leider wurde der Dringlichkeit nicht stattgegeben. Angesichts der Diskussionen vor den Herbstferien betreffend Dringlichkeit ähnlicher Vorstösse und der Art, wie von links über die Ablehnung gejammert wurde, erstaunt die Ablehnung der Dringlichkeit. In der Beantwortung wird bestätigt, dass per 2023 nach elf Jahren die Tarife bei der Einkommenssteuer der Teuerung angepasst werden. Damit ist ein Viertel der Motion erfüllt. Wünschenswert wären zusätzliche Rabatte oder bereits Anpassungen der Tarife. Obwohl die Kantone Zug und Schaffhausen schnell reagierten und noch während der Pandemie Steuererleichterungen für natürliche Personen beschlossen, wird man im Kanton Basel-Landschaft auf höchstwahrscheinlich 2027 vertröstet, also auf notabene 20 Jahre nach der letzten Reform. Neu werden immerhin per 2025 bereits allfällige Massnahmen angekündigt, womit ein weiteres Viertel der Motion erfüllt ist. Obwohl die Baselbieter Regierung während der Pandemie rasch Hilfgelder gesprochen hat, haben die Lohnempfänger zum Teil unter Kurzarbeit leiden müssen oder wurden in letzter Zeit durch die Teuerung hart getroffen. Sie mussten jedoch unverändert Steuern zahlen. Ganz zu schweigen von den weiterhin stark steigenden Krankenkassenprämien. Markus Brunner hätte sich eine Anpassung des Versicherungsabzugs vorstellen können. Dies wäre relativ einfach umzusetzen gewesen. Im Kanton Solothurn wurde im September ein Vorstoss für erhöhte Maximalabzüge von bezahlten Krankenkassenprämien vom halben Kantonsrat unterzeichnet und für erheblich erklärt. Der Solothurner Regierungsrat beantragt nun die Erheblicherklärung. Mit der SVP-Baselland-Initiative «Prämienabzug für alle» stösst die SVP in die gleiche Richtung und hält den Druck aufrecht. Die Zeichen der Zeit wurden erkannt. Markus Brunner vertraut dem Regierungsrat, dass die noch fehlenden zwei Viertel seiner Motion innert nützlicher Frist angegangen werden. Auch der Parlamentseffizienz wegen wandelt der Redner seine Motion in ein Postulat und ist mit der Abschreibung einverstanden. Er wartet gespannt auf weitere Schritte.

://: Der Vorstoss wird stillschweigend als Postulat überwiesen und abgeschrieben.

---